

Susanne Verena Kuni, natuerliche Person (latent)
Staatsbuergerin Deutsches Reich (im Exil)
Kelterrainstraße 37, D-70771 Leinfelden-Echterdingen

SusanneKuni@gmx.de
www.friedensvertrag.info
Telefon 0711-792940

Echterdingen, den 23. Dezember 2010

Frau Moser Fax: 0711 / 6673-5710 (20 Seiten)
Finanzamt Stuttgart III
Rotebühlplatz 30, 70173 Stuttgart

c/o **Finanzamt Stuttgart III – Verwaltung** Fax: 0711 / 6673-5710 (20 Seiten)
Rotebühlplatz 30, 70173 Stuttgart

c/o **zuständige Geschäftsleitung - Herr Eigenthaler** Fax: 0711 / 6673-5710 (20 Seiten)
Finanzamt Stuttgart III
Rotebühlplatz 30, 70173 Stuttgart

c/o **Oberfinanzdirektion Karlsruhe – Verwaltung** Fax: 0721 / 926 - 27 25 (20 Seiten)
Moltkestraße 50, 76133 Karlsruhe

c/o **Dr. Michael Häuser** - Fax: 0721 / 926 - 27 25 (20 Seiten)
Oberfinanzdirektion Karlsruhe
Moltkestraße 50, 76133 Karlsruhe

c/o **Finanzministerium Baden-Württemberg** - Fax: 0711 / 279-3893 (20 Seiten)
Neues Schloss
Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart

c/o **Willy Stächele** - Fax: 0711 / 279-3893 (20 Seiten)
Finanzminister Baden-Württemberg
Neues Schloss
Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart

c/o **Geschäftsleitung und Verwaltung BW-Bank Stuttgart** – Fax: 0711 / 124-4100 (20 Seiten)
Kleiner Schlossplatz 11, 70173 Stuttgart

c/o **Tim Stillhammer**, Steuerberater - Fax 07141 – 81770 (20 Seiten)
Jägerhofallee 81, 71638 Ludwigsburg

c/o **Exilregierung Deutsches Reich** - Fernkopie 05064-951034 (4 Seiten)

c/o **USEUCOM – Stuttgart** (4 Seiten)

Betreff – Fax vom 23. Dezember 2012:

- 1. Zurückweisung Schreiben von Fr. Moser vom 14.12.2010** – AZ 97059/55120, SG: 06/04
- 2. Zurückweisung der zugewiesenen Steuernummer 97059/55120 (JURISTISCHE PERSON)**
- 3. Zugestellte Personenstandserklärung** für die BRD-Finanzagentur-GmbH c/o Finanzamt
- 4. Rückerstattung sämtlicher** von mir geleisteten und vom Finanzamt „erschlichenen Steuern“

Zur besonderen Kenntnisnahme: Hiermit stelle ich allen oben genannten Personen und „Behörden“ meine Personenstandserklärung (zur Wiedergeburt meiner natürlichen Person) vom 27. Oktober 2010 zu. Ich bitte diese vorab inhaltlich vollkommen in allen Teilen zur Kenntnis zu nehmen, da dieses Dokument für jedes „Behördenpersonal“ in der BRD die **Privathaftung und Vollhaftung** laut § 839 BGB und § 823 BGB und vieles mehr zur Folge hat.

Susanne Verena Kuni, natuerliche Person (latent)
Staatsbuergerin Deutsches Reich (im Exil)
Kelterrainstraße 37, D-70771 Leinfelden-Echterdingen

SusanneKuni@gmx.de
www.friedensvertrag.info
Telefon 0711-792940

Sehr geehrte Frau Moser,
sehr geehrter Herr Dr. Michael Häuser,
Sehr geehrter Herr Eigenthaler,
sehr geehrter Herr Willy Stächele,
sehr geehrter Herr Stillhammer,

sehr geehrte Damen und Herren in den jeweiligen sogenannten „Behörden“ auf Seite 1,
insbesondere der jeweiligen Geschäftsleitung dieser „Behörden“ (Namen siehe Internetauftritt),
sehr geehrte Sekretärin der jeweiligen Geschäftsleitung (in Komplizenschaft!),
sehr geehrte Dienstinachfolger aller genannten Damen und Herren,

(ich bitte jeweils um **verbindliche Weiterleitung** innerhalb jeder „Behörde“ an den jeweiligen VERANTWORTLICHEN,
da die Faxnummern nicht alle öffentlich einsehbar sind. Dieses Schreiben ist von bedeutender Rechtswirksamkeit und
der Zugang wird in meinem Faxprotokoll dokumentiert. Vielen Dank!)

im Anschreiben von Frau Moser, Finanzamt Stuttgart III werde ich laut einem Schreiben vom 14.
Dezember 2010 zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, mit der Androhung von
Verspätungszuschlägen.

**Mit diesem Schreiben weise ich alle Forderungen seitens des Finanzamtes Stuttgart
entschieden zurück – für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft!**

1. BEGRÜNDUNG - BESATZUNGSRECHT GILT :

Mit dem zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht v. 23.11.2007 haben sich die Besatzungsmächte
mit Art. 4 § 3 zu Ihren Rechten und Pflichten bekannt. Dies war notwendig, weil die Besatzungsmächte
einschneidende Gesetzesänderungen durchgeführt haben. Diese Gesetzesänderungen wurden quasi vom
Europ. Gerichtshof für Menschenrechte erzwungen.

Dieser internationale Gerichtshof hat festgestellt, **daß die BRD kein effektiver Rechtsstaat mehr ist**
(Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006). Dafür sind die Besatzungsmächte zumindest mitverantwortlich. Um
sich dieser Verantwortung für den Unrechtsstaat zu entziehen, wurde die Verwaltungsbefugnis der BRD
mittels 1. und 2. Bundesbereinigungsgesetz als gesetzliche Aufgabe der BRD entzogen. Damit hat man dem
gesamten BRD-Justizwesen (Art. 92 -104 Grundgesetz ohne Geltungsbereich) die gesetzliche Befugnis und
den staatlichen Auftrag Recht zu sprechen entzogen. Ausdrücklich davon ausgenommen ist das
Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten), BMJBBG Art. 4 § 1 (2). **1982 wurde
das Staatshaftungsgesetz gelöscht** und mit Aufhebung v. Art. 34 Grundgesetz ohne Geltungsbereich
durch das 2. BMJBBG v. 23.11.2007 mit Art. 4 § 1 (1) auch die Staatshaftung **und damit die "öffentlich-
rechtlichen" Regelungen.**

2. BEGRÜNDUNG – BRD war nie ein Staat – Finanzämter sind ebenfalls PRIVATE GmbHs

www.handelsregister.de: **HR 51411** – BRD-Finanzagentur mit Sitz in Frankfurt am Main.

Diese GmbH ist seit dem 30.7.2008 als insolvent im Handelsregister eingetragen.

Die aufgelaufene Schuldenuhr dieser privaten GmbH beläuft sich heute auf 1797 Milliarden Euro.
Dies ist nur die inoffizielle Statistik.

Die BRD-Finanzagentur ist die Mutter aller Finanzämter und Hauptzollämter. Somit können diese
auch nichts anderes sein als Betriebs GmbHs.

Die Staatlichkeit und Hoheitlichkeit seitens der BRD und deren Finanzämter war tatsächlich NIE
gegeben! Siehe das Schreiben vom US-General James Stavridis der USEUCOM vom 14.März 10
im Anhang.

Susanne Verena Kuni, natuerliche Person (latent)
Staatsbuergerin Deutsches Reich (im Exil)
Kelterrainstraße 37, D-70771 Leinfelden-Echterdingen

SusanneKuni@gmx.de
www.friedensvertrag.info
Telefon 0711-792940

Zur Insolvenz der BRD siehe auch hier:

http://www.beepworld.de/members100/a11_5331n6_3y3/insolvenzantrag.htm

M.SELIM SÜRMELE - HOCHKOMMISSAR FÜR MENSCHENRECHTE:

Amtsgericht FRANKFURT am Main
Gerichtsstraße 2
D-60313 FRANKFURT

Aktenzeichen 810 IN 845/07

Antrag auf Eröffnung des
INSOLVENZVERFAHREN's gegen die BRD-GmbH AG-FFM 72 HRB 51411

Im oben verlinkten und offiziell zugestellten Schreiben können Sie außerdem folgendes lesen:

„Die Bundesrepublik Deutschland haftet für alle Schäden in allen Bereichen und Ländern als Teil und Gesamtschuldner, sowie die Länder für den Bund im Rückgriff. Damit haftet jeder persönlich, der in der Legislativen, Judikativen oder Exekutiven gearbeitet und einen Schaden verursacht hat, mit seinem Eigentum.“

Als Staatsbürgerin des Deutschen Reiches mache ich mich bei Leistung ausdrücklich strafbar, wenn ich mit einer insolventen GmbH Verträge abschließe und mit dieser in irgend einer Art und Weise kooperiere.

Zumal mit diesen BRD-Steuern und Zwangsabgaben nachweislich durch die BRD in Bündnis mit U\$RAEL seit 9 Jahren Kriege von unserem deutschen Boden aus finanziert werden.

Seit 2008 bin ich über diese Fakten im Bilde und habe daher **bewußt** keine Steuererklärung mehr abgegeben und diese Fakten seither auch konsequent so nach außen begründet und dargestellt.

Zudem übe ich seit Aufgabe meiner OHG-Anteile der Fa. Kuni in Stuttgart keinerlei Geschäftstätigkeit mehr aus und lebe absolut privat. Ich habe daher ohnehin kein Einkommen und lebe seit Jahren ausschließlich vom Ersparten und Zuwendungen meiner Eltern.

Im übrigen mache ich Sie darauf aufmerksam, **dass ich keine weitere Verwendung meines Namens und meiner natürlichen Person in irgendeinem Schriftverkehr Ihrerseits dulde**, ausgenommen von meinerseits angeforderten Daten, Schriftsätzen, usw. und der Schriftverkehr bezüglich der Rückerstattung der geforderten Beträge sämtlicher Steuer, inklusive deren Anschreiben.

Siehe auch in meiner PSE – Seite 10 :

Strafgesetzbuch fuer das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871
in der nach den Kontrollratsgesetzen Nr. 11; 55 anzuwendenden Fassung.

Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie
Einfuehrungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870
(BGBl. S. 195) in der geltenden Fassung.

StGB § 169 - Personenstandsveränderung

- (1) Wer ein Kind unterschleibt oder vorsätzlich verwechselt, oder wer auf andere Weise den Personenstand eines anderen vorsätzlich verändert oder unterdrückt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und, **wenn die Handlung in gewinnsüchtiger Absicht begangen wurde, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.**
- (2) Der Versuch ist strafbar.

Eine GmbH handelt aufgrund Ihrer Statuten zwangsläufig auf **Gewinnmaximierung!**

Susanne Verena Kuni, natuerliche Person (latent)
Staatsbuergerin Deutsches Reich (im Exil)
Kelterrainstraße 37, D-70771 Leinfelden-Echterdingen

SusanneKuni@gmx.de
www.friedensvertrag.info
Telefon 0711-792940

Ich verweise in diesem Zusammenhang bereits auf die unrechtmäßige Pfändung, ausgelöst durch Herrn Eigenthaler, FA Stuttgart III und Verwaltung, Sperrung durch Herrn Freihardt, BW Bank: Diese oben genannte Sperrung vom 4. August 2010 wurde mir per Post von **Herrn Freihardt** und ebenfalls von **Frau Jauch** unterschrieben, von der BW Bank Filiale in der Lautenschlagerstraße 20 in 70173 Stuttgart zugestellt – kein Einschreiben – von keinem amtlichen Zustelldienst.

Wert 01.09.10

Überweisung an Landesbank Baden-Württemberg
BLZ 60050101 KTO 2799962

Pfaendung v. 03.08.2010 D- 97059/ 55120 46 SG 3/33 - 383/10 FA Stuttgart

175,62

Dieser gepfändete Betrag, zuzüglich 12% Zinsen, ist ebenfalls Inhalt meiner Forderung an das Finanzamt Stuttgart und **bis zum 15. Januar 2011 an mich zurück zu überweisen!**

Ich fordere nun weiterhin als nächsten Schritt eine lückenlose Zusammenfassung aller bisher von mir als JURISTISCHER PERSON, SUSANNE VERENA KUNI, gezahlten Steuern und sonstiger Zwangsabgaben durch die BRD. Dies ist per Mausclick in Ihrem Computer sehr schnell zu listen und zu bündeln - **und zwar rückwirkend ab meiner Geburt.**

Dies umfasst folgende Steuern:

Einkommenssteuer, Lohnsteuer, Vermögenssteuer, KFZ-Steuer, Gewerbesteuer (OHG)

Auch die Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ist hiervon betroffen und illegal, ist jedoch noch nicht faktisch Gegenstand dieses Schreibens.

Diese Auflistung fordere ich für jede einzelne Steuerart innerhalb 10 Tagen an meine Adresse (per Einschreiben Rückschein, zu meiner Sicherheit) zuzustellen.

Für die Durchführung ist allein das Finanzamt Stuttgart für mich verantwortlich.

Über die Formalität der Rückerstattung folgt nach Ihrer Antwort ein eigenes Schreiben!

Sollten Sie weiterhin uneinsichtig auf Ihren alten Standpunkten beharren, bleibt mir im Weiteren nur der Weg zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, um jeden Einzelnen offiziell in die Verantwortung und Strafverfolgung zu zwingen.

Jede Erschleichung von Steuern und anderen Zwangsabgaben seitens der BRD in Amtsanmaßung und Vortäuschung einer Staatlichkeit stellt gegen jeden Reichsbürger nach Völkerstrafgesetzbuch und nach der Haager Landkriegsordnung ein Kriegsverbrechen dar.

Frohe Weihnachten allerseits!

Mit freundlichem Gruß

Susanne Verena Kuni
natuerliche Person (latent)
Staatsbuergerin des Deutschen Reiches

Anlage:

1 Seite - Schreiben Frau Moser vom 14.12.2010

1 Seite - Information der Exilregierung Deutsches Reich

11 Seiten – Personenstandserklärung

3 Seiten – Schreiben US General Stavridis vom 14. März 2010